GRÜNE
GRÜNES BÜNDNIS BERN
grün.
Nr.32 | August 2018

#ENOUGH18
Lohngleichheitsdemo
22.09.18, 13.30 Uhr
Schützenmatte, Bern

Wird sich für Stadtentwicklung, Wohn- und Baupolitik engagieren: Die Architektin und neue GB-Stadträtin Devrim Abbasoglu-Akturan.

STAND
Natalie Imboden
● Stéphanie Penher – starke Teamplayerin

MITTEL
Regula Tschanz und Regine Kilchenmann
● Nachhaltige Lebensmittel: Ja zu Fair-Food

BERN
Rahel Ruch
● Öffentlicher Raum für alle – oder Verdrängung in neuem Kleid?

Stéphanie Penher – starke Teamplayerin

Nach 10 Jahren in der Fraktions- und Parteileitung tritt Stéphanie Penher im Oktober als GB-Präsidentin zurück. Sie hat ein Jahrzehnt rot-grüne Politik in der Stadt Bern geprägt.

Aktion im März 2018: Markus Heinzer, Marcel Wüthrich, Regula Tschanz, Natalie Imboden und Stéphanie Penher fordern eine klimaneutrale Stadt Bern

Sechs Jahre Fraktionspräsidentin, vier Jahre Parteipräsidentin, elf Jahre Stadtrat, 99 Vorstösse. Stéphanie Penher hat viel bewegt. Sie steht hin und koordiniert, sie packt an und sie motiviert. Ich erinnere mich an eine Aktion 2005 für das Abfallreglement «Mehrwert dank Mehrweg». Da war sie in der AG Ökologie aktiv und übernahm rasch eine führende Rolle. 2007 hielt sie zusammen mit Hannes Meuli in der Jubiläumsbroschüre zu 20 Jahren GB programmatisch fest: «Bern fährt langsamer». Keine Aktion ohne Stéphanie: Von der Ozonaktion im Juli 2007 beim Bierhübeli zur Velo-Pressekonferenz 2014 am neuralgischen Hirschengraben. Mit ihrem ersten Vorstoss als Stadträtin forderte sie im August 2006 einen autofreien Bahnhofplatz. Leider ist dieser noch nicht Realität geworden. Dafür hat sie andere Projekte erfolgreich aufgegleist: Sie war Mitinitiantin der Wohninitiative und erreichte, dass auf dem Viererfeld der Anteil an gemeinnützigem Wohnraum 50 % beträgt. Ihr Gesellinnen- stück: Dank ihres Lobbyings wurde im Stadtrat eine Abstimmung für die Realisierung des Kulturzentrums Progr möglich.

Bei ihrer Wahl im November 2014 als GB-Präsidentin war ihr Ziel, das GB erfolgreich in die Stadtratswahlen 2016 zu führen und den Gemeinderatssitz zu verteidigen. Beide Ziele hat sie mit Bravour erreicht. Dank viel Arbeit im Hintergrund und Gesprächen im RGM-Bündnis. Denn Stéphanie ist eine starke Teamplayerin mit dem Blick fürs Verbindende. Stéphanie hat Führungsqualitäten, die für erfolgreiche Politik notwendig sind.

Ihre politische Erfahrung bringt sie künftig national als Bereichsleiterin Verkehr und Kommunikation für den Verkehrsclub VCS ein. Und sie wird das GB im Vorstand der Grünen Kanton vertreten. Zweisprachig, mit Wurzeln im Saanenland (und im Wallis) kennt sie die Realitäten in Stadt und Land. Merci et à bientôt!

Natalie Imboden, Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern, Grossrätin

Abstimmungen vom 23. September 2018

Stadt

- Neue Fallführungssoftware citysoftnet für den Sozialbereich: Investitions- und Verpflichtungskredit ..... **JA**

National

- Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» ..... **JA**
- Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» ..... **JA**
- Bundesbeschluss über die Velowege sowie die Fuss- und Wanderwege (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege [Velo-Initiative]») ..... **JA**

«Energiewende? Verkehrswende? Raumkonsum? Diese Herausforderungen lassen sich nicht mit dem ungeniessbaren Rezept "Bahn frei für Blechlawinen" meistern. Weil nachhaltige Lösungen gefragt sind, drängt sich das Velo geradezu auf. Der Bundesbeschluss Velo fördert das ökologischste aller Verkehrsmittel und schreibt es in die Verfassung. Ein wichtiger Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Mobilität!»

Bundesbeschluss Velo: Ein Ja liegt auf der Hand

Wenn wir am 23. September über den Bundesbeschluss über die Velowege abstimmen, entscheiden wir, ob das Velo Einzug in die Verfassung hält – und somit darüber, ob der wahre Superstar der nachhaltigen Mobilität den Platz einnimmt, der ihm zusteht.

Die Energiewende muss auch eine Verkehrswende sein. Anders sind die Ziele des Klimaabkommens von Paris nicht zu erreichen. Der Bundesbeschluss Velo ist der direkte Gegenvorschlag zur zurückgezogenen Velo-Initiative. Er stellt die Velo- und Wanderwege einander in der Verfassung gleich und unterstützt so den Aufbau eines zusammenhängenden, sicheren Veloroutennetzes.

Für die verkehrsgeplagte Stadt Bern bringt das klare Vorteile. Bei über hunderttausend Pendler_innen pro Tag stossen ÖV und Strassen an ihre Grenzen. Attraktive Velowege laden dazu ein, sich öfters auf den Drahtesel zu schwingen und das Auto in der Garage zu lassen. Abgase, Lärm und Stau in den Ballungsgebieten werden so reduziert und die Lebensqualität spürbar gesteigert.

Nur: Diese Argumente überzeugen niemanden, der auf dem Velo um sein Leben fürchtet. Die Vorfahrt genommen worden? Schon wieder... Im Kreisel fast abgeschossen worden? Muss nicht sein... Tagtäglicher Verkehrsdarwinismus auf dem Arbeitsweg? Spass geht anders! Ohne Sicherheit bleibt das Velo im Keller. Velowege können das ändern.

«La Petite Reine», wie das Velo auch liebevoll genannt wird, macht riesig Spass – wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Und die müssen deutlich verbessert werden. Aber: «Wo ein Wille ist, ist auch ein Veloweg». Darum Ja zum Velo am 23. September.

Benjamin Zumbühl, Geschäftsleiter VCS Sektion und Regionalgruppe Bern, GB-Mitglied

«Die Umfrage zeigt, dass die GB-Mitglieder und Sympis über vielseitige Ressourcen und Kompetenzen verfügen. Ihr vermehrter Einbezug in die Stadtpolitik würde das GB nicht nur vielfältiger, sondern auch stärker machen. Wir sollten also weiter darüber nachdenken, wie wir dieses brachliegende Potenzial noch besser nutzen und den Anspruch, eine vielfältige Partei zu sein, einlösen können.»

Online-Umfrage zeigt: Das GB kann noch vielfältiger werden

Das GB will eine vielfältige Partei sein. Doch wie vielfältig sind wir wirklich? Um Antwort auf diese Frage zu erhalten, hat das GB bei seinen Mitgliedern und Sympathisant_innen die Temperatur gemessen.

In einer Online-Umfrage wurden Mitglieder und Sympis Ende 2017 nach ihrer Vernetzung in Verbänden und Vereinen, nach ihrer Wahrnehmung des GB und nach Verbesserungsideen gefragt. Die Ergebnisse zeigen, dass das GB den Anspruch, eine Partei für alle Bevölkerungsschichten zu sein, noch nicht ganz einlösen kann.

Von den 72 Umfrage-Teilnehmenden haben die allermeisten eine Schweizer Herkunft (93 %) und einen höheren Bildungsabschluss (97 %). Die unter 30-Jährigen sind stark untervertreten (nur 6 %), dafür sind die Geschlechter sehr ausgewogen. Unsere Mitglieder und Sympis sind ausgesprochen gut in Vereinen und Verbänden vernetzt und engagieren sich dort in hohem Ausmass.

Das GB wird insgesamt als sehr kompetente und aktive Partei wahrgenommen. Am meisten Punkte erhielten die Politikfelder «Frauen- & Gleichstellungspolitik», «Migration & Integration», «Energie- & Klimapolitik» sowie «Mobilität & Verkehr». Verbesserungspotenzial wird unter anderem beim Einbinden der Mitglieder in Parteiaktivitäten gesehen. Hierfür machten viele Teilnehmende konstruktive Vorschläge, z.B. die Durchführung offener Diskussionsanlässe oder eine bessere Vernetzung und Sichtbarkeit in den Quartieren. Als eine Form der Umsetzung haben an der vergangenen MV Mitglieder mit GB-Politikerinnen aktuelle politische Themen diskutiert.

Der Anspruch, eine vielfältige Partei zu sein, bleibt bestehen. Wie wir die vielseitigen Kompetenzen der GB-Mitglieder und Sympis vermehrt in die Partei einbinden und damit das GB vielfältiger machen können, wird uns auch in Zukunft beschäftigen.

Marius Christen, GB-Mitglied

Mehr nachhaltige Lebensmittel: Ja zu Fair-Food

Facts-Box

«Fair-Food» und Ernährungssouveränität

Die Fair-Food-Initiative verlangt die Förderung von Lebensmitteln aus einer naturnahen, umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen. Die Initiative stärkt die nachhaltige Landwirtschaft in der Schweiz. Sie gibt dem Bund aber auch Instrumente in die Hand, um die Qualität von Lebensmittelimporten zu verbessern.
Gleichzeitig kommt am 23. September die Initiative «Für Ernährungssouveränität» der Bauerngewerkschaft Uniterre zur Abstimmung. Diese Initiative will die nachhaltige Landwirtschaft fördern und vertritt dabei Werte, die auch die Grünen teilen: Ressourcenschonung, faire Preise für die Bäuerinnen und Bauern und regionale Strukturen bei Produktion und Konsum von Lebensmitteln. Die Ernährungssouveränitätsinitiative fordert die Stärkung einer bäuerlichen, vielfältigen und gentechfreien Landwirtschaft. Sie will allen in der Landwirtschaft arbeitenden Menschen ermöglichen, mit ihrer Arbeit ein langfristig existenzsicherndes Einkommen zu erzielen.
«Fair-Food» und Ernährungssouveränität: Die Initiativen haben Parallelen, aber auch grosse Unterschiede. Die Uniterre-Initiative will die Landwirtschaftspolitik grundsätzlich ändern. «Fair-Food» als Lebensmittelinitiative setzt dagegen bei der Förderung nachhaltiger Lebensmittel aus dem In- und Ausland und einer fairen Handelspolitik an.

Die Fair-Food-Initiative: ein Blick über den eigenen Tellerrand

Die Fair-Food-Initiative vereint den Blick auf die bäuerliche Landwirtschaft in der Schweiz und eine globale Perspektive. Das ist zentral, denn wir leben zunehmend auf Umweltkosten anderer Länder und «profitieren» von unfairen sozialen Bedingungen im Ausland.

Die Fair-Food-Initiative kommt zum genau richtigen Zeitpunkt: Der Bundesrat möchte neue Freihandelsabkommen abschliessen. Umwelt-, Sozial-, und Tierschutzstandards spielen dabei aber leider keine Rolle – obwohl der Bund verpflichtet wäre, für Handelsbeziehungen zu sorgen, die zu einer nachhaltigen Land- und Ernährungswirtschaft beitragen. Die Fair-Food-Initiative will Qualität und Nachhaltigkeit auch bei Importen fördern. Diese machen fast die Hälfte der Lebensmittel in der Schweiz aus. Bei der Weiterentwicklung bestehender und der Ausarbeitung neuer Handelsverträge sollen Nachhaltigkeitskriterien ausgehandelt und implementiert werden.

Im globalen Handel zählt vor allem der tiefe Preis. In etlichen Herkunftsgebieten, aus welchen die Schweiz Lebensmittel importiert, herrschen für Landarbeiter_innen prekäre Arbeitsbedingungen. Das gilt nicht nur für Entwicklungsländer. Auch in Europa arbeiten in Gemüse- und Früchteplantagen Zehntausende unter unwürdigen Arbeitsbedingungen. Rund ein Viertel des in die Schweiz eingeführten Gemüses stammt beispielsweise aus Südspanien. Dort haben sich riesige Treibhausplantagen etabliert, in denen Migrant_innen aus Nordafrika und Osteuropa als Tagelöhner_innen arbeiten. Allein in der Provinz Almería bedecken Treibhäuser die vierfache Fläche des Zürichsees. Die Arbeitsbedingungen sind prekär – oft stehen nicht einmal sanitäre Anlagen zur Verfügung.

Mit der Fair-Food-Initiative erhält der Bund Instrumente in die Hand, um das Angebot an Lebensmitteln zu fördern, die entlang der gesamten Produktionskette faire Arbeitsbedingungen gewährleisten. Als Referenz dienen die Standards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO.

Regula Tschanz, GB-Stadträtin, Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!, Generalsekretärin Grüne Schweiz

Am 23. September kommt die Fair-Food-Initiative der Grünen zur Abstimmung. Sie fordert, dass Lebensmittel im Einklang mit dem Tierwohl und der Umwelt und unter fairen Arbeitsbedingungen produziert werden. Die Fair-Food-Initiative baut Brücken zwischen Landwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz, Entwicklungszusammenarbeit, Konsument_innenschutz und Arbeitnehmer_innen. Regula Tschanz und Regine Kilchenmann stellen die Initiative aus einer globalen Perspektive und aus Sicht von Konsument_innen vor.

Fairer Handel statt Ausbeutung

AKTIONS

- **Fair-Food-Podium – Schmeckt fair besser?**
17. September, 18.00 Uhr, KULINATA-Zelt auf dem Waisenhausplatz, Bern. Mit Suppe aus Lebensmittelresten und einem kontroversen Podium.Weitere Infos auf der Rückseite dieses grün.

Die Fair-Food-Initiative: im Interesse der Konsument_innen

Durch die Fair-Food-Initiative bekommen Konsument_innen ein grösseres und vielfältigeres Angebot an nachhaltig produzierten Produkten – auch aus dem Ausland. Insbesondere die Deklarationspflicht unterstützt die gute Wahl bei den Lebensmitteln.

Konsument_innen achten nicht nur zunehmend darauf, ob Produkte ökologisch sinnvoll sind. Sie sind auch daran interessiert, wie die Produkte hergestellt wurden. Das Nachhaltigkeitsbewusstsein wächst. Marketing durch Labeling und Bewusstseinskampagnen helfen, dass Konsument_innen beim Einkauf bewusste und informierte Entscheidungen treffen können. Das reicht jedoch nicht. Denn nur Konsument_innen, die wissen, was genau in den Produkten steckt, haben eine echte Wahlfreiheit. Die Fair-Food-Initiative fordert deshalb, dass Herkunft und Produktionsbedingungen von Lebensmitteln transparent deklariert werden. Heute sind die Produzent_innen von Lebensmitteln dazu noch nicht genügend verpflichtet. Konsument_innen können oft nicht nachvollziehen, woher die Produkte stammen und unter welchen Bedingungen sie hergestellt wurden.

Die Initiative sieht weiter verschiedene bewährte Massnahmen und Marktinstrumente vor, um das Angebot an umweltfreundlich und fair produzierten Lebensmitteln auszubauen. So fördert sie zum Beispiel eine artgerechte Tierhaltung auch für importierte Lebensmittel. Zudem sollen Zielvereinbarungen mit Grossverteilern und Handelsmassnahmen die Produktepalette nachhaltiger Lebensmittel fördern.

Konsument_innen hätten also weiterhin die Wahl, was sie einkaufen wollen. Aber die Auswahl an nachhaltigen Produkte würde grösser. «Nach Umsetzung der Initiative würden nachhaltig produzierte Produkte aus dem Ausland in der Schweiz voraussichtlich günstiger, und das Angebot würde sich ausweiten. Importquoten zum Schutz der einheimischen Landwirtschaft könnten aber beibehalten werden», erläutert die Juristin, Dr. Elisabeth Bürgi, von der Universität Bern.

Regine Kilchenmann, GB-Mitglied

Öffentlicher Raum für alle – oder Verdrängung in neuem Kleid?

Sitzen erwünscht? Rote Stühle ersetzen heute zubetonierte Sitzmöglichkeiten im öffentlichen Raum.

Pop-up Bern ist ein Sommerhit. Mit dem Projekt soll der Berner Bevölkerung die Aneignung des öffentlichen Raumes einfach gemacht werden. Die Stadt Bern hat pünktlich zum Sommerbeginn Plätze und Pärke mit Stühlen, Tischen, Töggelikästen und Billardtischen möbliert. Das Thema beherrscht viele Gespräche – auch im GB. Ist diese neue Offensive von Ursula Wyss nun die Umsetzung zahlreicher GB-Forderungen der letzten Jahre nach einem öffentlichen Raum für alle – ohne Konsumzwang? Oder trägt die Möblierung und Nutzung des öffentlichen Raums zur Gentrifzierung unserer Stadt bei?

Vor rund 10 Jahren diskutierten die Berner_innen rund um das Bahnhofsreglement ebenfalls intensiv über die Nutzung des öffentlichen Raumes im Bahnhof. Das Reglement mit Bettelverbot und einem Verbot «ungebührlichen Verhaltens» stand im Zentrum der städtischen Strategie, sogenannt «Randständige» aus dem Pendler_innen-Perimeter zu verdrängen. Dieser fielen auch zahlreiche Sitzplätze zum Opfer: In der Unterführung ersetzte die Stadt Bern beispielsweise Bänke durch die heutigen «Notsitze»: Bei der Neugestaltung des Bahnhofausgangs Neuengasse verbannte sie sämtliche Mäuerchen, die möglicherweise als Sitzgelegenheiten gebraucht werden könnten. Auf einen Stromkasten liess sie sogar einen diagonalen Block betonieren, um auch dort das Sitzen zu verunmöglichen. Sitzen im öffentlichen Raum war nicht erwünscht. Heute, 10 Jahre später, ist die Diskussion eine völlige andere: Plötzlich ist das Nutzen des öffentlichen Raumes Programm. Nicht nur in der Stadt Bern, sondern auch in anderen Städten hat sich dieser Diskurs völlig verändert. Zürich ist mit Liegestühlen auf dem Sechseläutenplatz mit der Möblierung vorausgegangen…

Die Debatte über den öffentlichen Raum ist positiv. Verweilen im öffentlichen Raum heisst auch Konflikte austragen, das andere tolerieren und sich damit auseinandersetzen. Das ist für eine urbane und lebendige Gesellschaft grundlegend und daran sollten wir festhalten.

Trotzdem drängt sich auch eine weniger begeisterte Lesart auf: Haben Stadt und Private in den letzten zehn, fünfzehn Jahren all jene Menschen vollständig verdrängt, die das «Stadtbild» der Privilegierten stören könnten? Kann deswegen jetzt positiv über die nichtkommerzielle Nutzung des öffentlichen Raums gesprochen werden? Führt deswegen die Möblierung des öffentlichen Raums nicht zu einer Integration, sondern zu einer Exklusion all jener, die nicht dazugehören? Ist die neue Strategie die alte in neuem Gewand – viel subtiler? Die Überflutung des öffentlichen Raums mit hippen jungen Familien und Gutsituierten verschiedener Couleur?

Das sind berechtigte Befürchtungen. Aber eine Verteufelung der Pop-up-Strategie ist kaum die Lösung. Vielmehr ist das GB aufgerufen, wachsam zu bleiben und die Entwicklung zu beobachten. Das kann heissen, eine Studie zu verlangen, die untersucht, wer die neuen Angebote wirklich nutzt und wie sich an bestimmten Hotspots der öffentliche Raum verändert. Es gilt aber auch bei konkreten Projekten hinzuschauen: Was passiert, wenn die Confiserie Sprüngli am Bahnhof Bern durch ein Restaurant mit Aussenbestuhlung ersetzt wird? Wo bleiben Räume übrig, die weder möbliert, noch bespielt, sondern einfach da sind? Welche Bedürfnisse haben Menschen, die auf der Gasse leben? Wer holt diese ab?

Es ist die Aufgabe des GB, auch in dieser Diskussion die Perspektive der Privilegierten und der «Mehrheitsgesellschaft» zu verlassen und genau hinzuschauen.

Rahel Ruch, GB-Stadträtin

News aus der Stadtratsfraktion

Stéphanie Penher trat Ende Juni nach elf Amtsjahren aus dem Stadtrat zurück. In dieser Zeit setzte sich die profilierte Verkehrspolitikerin mit grosser Sach- und Fachkenntnis für verkehrs-, wohn- und kulturpolitische Themen ein. Vielen Dank für alles, Stéphanie – es ist schwierig, sich die Fraktion ohne dich vorzustellen! Stéphanies Sitz übernimmt Devrim Abbasoglu-Akturan. Die Architektin will sich im Stadtrat vor allem in den Bereichen Stadtentwicklung, Wohn- und Baupolitik engagieren. Franziska Grossenbacher gab ihr Amt als Co-Fraktionspräsidentin ab. Künftig wird Regula Tschanz gemeinsam mit der bisherigen Leena Schmitter die Geschicke der Fraktion leiten. Die Fraktion dankt Franziska herzlich für das grosse Engagement und freut sich, dass sie uns als Stadträtin erhalten bleibt.
Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit und weitere politische Abenteuer!
Leena Schmitter und Regula Tschanz, Co-Fraktionspräsidentinnen GB/JA!

Unfreie Wahlen aus der Nähe

Hasim Sancar und Markus Heinzer waren als Wahlbeobachter am 24. Juni in der Türkei anwesend

Hasim Sancar und Markus Heinzer beim Tee am Morgen vor der Rückreise aus der Türkei

Ende Juni beschäftigten sich die Medien breit mit der Frage, wie legitim die Wahlen in der Türkei waren. Heute ist das Thema bereits wieder von der Bildfläche verschwunden. Zusammen mit Hasim Sancar (Grossrat BE, Grüne) folgte ich dem Aufruf der linken Kurdenpartei HDP, am Wahltag als internationale Beobachter präsent zu sein. Wir reisten mit einer Delegation aus Bern und Zürich in die ost-türkische Provinz Muş.

Unser Fazit: Nach unserem Verständnis waren das klar keine freien Wahlen. Unter dem Vorwand der Sicherheit versuchte die Regierung am Wahltag durch massive Präsenz von Polizisten und lokale Wachen, die Wähler_innen anderer Parteien einzuschüchtern.

Als noch viel wirkungsvoller schätze ich die Manipulationsmittel ein, die im Vorfeld eingesetzt wurden: Dies war einerseits eine massive Repression gegen die Oppositionsparteien. So sitzen zurzeit die meisten Parteikader der HDP im Gefängnis. Ihre Erfahrung fehlte bei der Organisation des Wahlkampfs. Viele Helfer_innen leben in ständiger Angst, dass auch sie jederzeit wegen Bagatellen weggesperrt werden könnten. Anderseits führten Präsident Erdogan und seine Partei eine unglaublich massive Wahlkampagne. Beim Gang durch Istanbul machte ich grosse Augen: Mehr als 90 Prozent aller Plakatwände, weit-herum sichtbare Planen auf Baustellen und an Hauswänden, dazu unzählige Flaggen auf allen Plätzen zeigten nur einen Kopf, einen Namen und den Hauptslogan der Regierungspartei «Willst du einen starken, grossartigen Führer haben? Wähle Erdogan!».

Unsere Gastgeber_innen haben uns mehrfach erklärt, wie sehr sie eine klare Positionierung unserer Länder gegen Erdogan und seinen Kurs vermissen. Unsere Anwesenheit wurde dagegen als Ausdruck von Solidarität verstanden. Für mich persönlich war es sehr eindrücklich, aus nächster Nähe mitzuverfolgen, wie Repression und Einschüchterung unter demokratischer Maske funktionieren.

Markus Heinzer, GB-Vizepräsident

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F., 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Sei dabei!

● Montag, 17. September 2018, 18.00 Uhr KULINATA-Zelt, Waisenhausplatz, Bern
Podiumsdiskussion Fair-Food-Initiative – Schmeckt fair besser?
Am 23. September wird über die Fair-Food Initiative abgestimmt. Die Initiative will Lebensmittel aus einer naturnahen und tierfreundlichen Produktion sowie faire Arbeitsbedingungen fördern. Schützt die Initiative die Schweizer Produzenten vor billigen Lebensmittelimporten? Oder sind für verantwortungsvollen Konsum allein die Konsument_innen verantwortlich?
18.00 Uhr Gratisuppe aus krummem Gemüse.
19.00 Uhr Podiumsdiskussion mit Maya Graf (Nationalrätin Grüne, Co-Präsidentin Initiativkomitee), Christine Badertscher (Verantwortliche Ernährungssouveränität SWISSAID), Martin Schläpfer (Direktor Wirtschaftspolitik des Migros-Genossenschafts-Bundes), Carlos Reinhard (Grossrat FDP)

● Samstag, 22. September 2018, 13.30 Uhr Schützenmatte, Bern
Lohngleichheitsdemo: #ENOUGH18
Nationale Kundgebeung für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung. Das Schneckentempo der Schweiz bei der Gleichstellung von Frauen und Männern ist legendär. Auch im 21. Jahrhundert sind Macht und Geld noch ungleich auf Männer und Frauen verteilt. Uns reichts! Enough! Massnahmen für die Lohngleichheit sind überfällig. Wir ziehen zur grossen Kundgebung vors Bundeshaus und sagen: Schluss mit Aussitzen – Lohngleichheit jetzt!

● Die nächste Mitgliederversammlung findet am 24. Oktober 2018, 18.30 Uhr statt.

Mach mit!

Werde aktiv und bringe deine Fragen und Ideen ein! Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über deine Kontaktaufnahme.

● **AG Frauenpolitik**
Kontakt: Regula Bühlmann
(regula_buehlmann@bluewin.ch)
● **AG Ökologie**
Kontakt: Franziska Grossenbacher
(fragroba@gmx.ch)
● **AG Internationales und Migration**
Kontakt: Annemarie Sancar
(annemarie.sancar@bluewin.ch)
● **AG Wirtschaft**
Kontakt: sekretariat@gruenebern.ch
● **AG Bildungs- und Kulturpolitik**
Kontakt: Markus Heinzer
(info@markusheinzer.ch)
● **AG macht**
Kontakt: Ursina Anderegg
(ursina.anderegg@gmx.net)
● **AG Polizei**
Kontakt: Rahel Ruch
(rahel_ruch@hotmail.com)

Kontakt Sekretariat
Geschäftsführer: Benjamin Steinweg
Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.**
für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Markus Heinzer, Marius Christen, Christine Michel, Benjamin Steinweg.
Fotos:
Manuel Friedrich, Peter Käser, Sandra Julius
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss grün.
Nr. 33: 9. Oktober 2018

SCHLUSS

Ursina Anderegg, GB-Stadträtin

Von Wutbürgerinnen und rechtsfreien Räumen

Wir befinden uns im Jahre 2018. Die ganze Schweiz ist von Emanzen besetzt… Die ganze Schweiz? Nein! Ein von unbeugsamen Patriarchen bevölkerter Ständerat hört nicht auf, der Bundesverfassung Widerstand zu leisten. Dabei scheuten die ständerätlichen Krawättliträger keine Mühe sich der Lächerlichkeit preiszugeben. Denn es war diesen Frühling in der Debatte um das bisschen unverbindliches Lohnanalysieren echt schwierig noch Argumente gegen die Lohnanalyse zu finden. Aber sie haben es wacker getan: Während der eine seinen Haarausfall thematisierte und der andere mit einer Taschenlampe unter dem Bett das Diskriminierungsmonster suchte, hatte der dritte Mitgefühl mit den in Zukunft gebeutelten Unternehmen, die sich fragen würden: «Ja, wissen die in Bern überhaupt noch, was sie tun?». Das frage ich mich allerdings auch! Wir warten nun schon seit bald 40 Jahren auf die Umsetzung eines Verfassungsartikels, der nichts anderes will, als dass gleiche Arbeit gleich entlöhnt wird. Sagt's doch einfach: Das ist euch schnurzegal. Ein konstanter Verfassungsbruch, ein rechtsfreier Raum – egal! Zu anstrengend, anzuerkennen, dass das Geld wie die Macht ungleich verteilt sind. Zu unbequem, einen Teil vom Kuchen abzugeben. Stattdessen veranstaltet ihr da oben dieses Kasperlitheater und beleidigt mit eurem Geschwurbel und euren lächerlichen Beschlüssen ziemlich viele Menschen! Es reicht! Lohn! Gleich! Heit! Jetzt! Punkt. Schluss. Und am 22. September alle an die Gleichstellungsdemo, klar doch!